

Sitzungsperiode 2022-2023  
Sitzung des Ausschusses II vom 6. Juni 2023

---

### **FRAGESTUNDE\***

- **Frage Nr. 1365 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerin WEYKMANS zu den aktuellen Herausforderungen an LOS**

Am 27. Mai veröffentlichte das Grenz-Echo ein Interview mit dem Präsidenten vom Leitverband für ostbelgischen Sport (LOS). Hier wurde drei Jahre nach Gründung der Organisation eine erste Bilanz gezogen und nach vorne auf kommende Pläne und Herausforderungen geschaut.

So erfährt man beispielsweise, dass die Zuständigkeiten zwischen LOS und dem Ministerium nicht immer nach innen und nach außen klar gewesen seien.

Vorausschauend sieht der Präsident mögliche Engpässe bei der Übernahme der außerschulischen Sportaktivitäten und spricht sich für mehr Ressourcen aus. Zuletzt wird auch ein Infrastrukturwechsel angesprochen. LOS wird in Eupen von der unterstädter IRMEP in Richtung Schönefeld zum König-Baudouin-Stadion umziehen und dort gemeinsam mit einer neuen Sporthalle und weiteren Vereinen angesiedelt.

Zu diesen interessanten Einblicken habe ich folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

1. Sind die Grauzonen in der Zuständigkeit zwischen dem Ministerium und LOS mittlerweile geklärt?
2. Wie bewerten Sie die finanziellen Herausforderungen für LOS durch die Übernahme der außerschulischen Sportaktivitäten?
3. Wie gliedert sich die DG-Bezuschussung der Infrastruktur am König-Baudouin-Stadion (Sporthalle, Vereinsbüros und LOS-Sitz)?

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
Werte Kolleginnen und Kollegen,**

Die Zuständigkeiten von LOS sind seit Beginn an klar definiert durch das Sportdekret und den aktuell laufenden Geschäftsführungsvertrag. Die praktische Umsetzung hat in der Aufbauphase im Detail - und darauf spricht der Vorsitzende an - genaue Absprachen erforderlich gemacht.

Durch regelmäßige Abstimmungsversammlungen, dem sogenannten „Jour fixe“ zwischen der Geschäftsführung von LOS, dem Fachbereich Sport und den Mitarbeitern meines Kabinettes wurden entsprechend unbürokratisch und im Interesse aller professionelle Absprachen vereinbart und etwaige aufkommende Problemstellungen sehr schnell behoben. Wir haben es geschafft, den Informationsfluss nachhaltig sicherzustellen, was angesichts der Komplexität der Aufgaben eines Leitverbandes relativ aufwendig ist.

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

Ich kann durchaus behaupten, dass ich mit der Bilanz nach der Übernahmephase zufrieden bin.

Die finanziellen Herausforderungen der Übernahme der außerschulischen Sportaktivitäten vom Fachbereich des Ministeriums an LOS werden zurzeit durch den Fachbereich Sport evaluiert und für die Haushaltsplanungen 2024 vorbereitet. Die konkreten finanziellen Rahmenbedingungen und deren Entwicklung werden seitens der Regierung dem Parlament im neuen Geschäftsführungsvertrag mit LOS 2025-2029 vorgeschlagen.

Bezüglich Ihrer Frage zur Bezuschussung der Infrastruktur am König-Baudouin-Stadion seitens der DG kann ich Ihnen mitteilen, dass die Planungen eine 90% Bezuschussung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Neubau der Sporthalle auf dem Gelände des König-Baudouin-Stadions nach entsprechender Antragstellung der Gemeinde Eupen vorsehen.

Hier kommt das Programmdekret 2021 vom 15. Dezember 2021 zum Tragen, welches in Kapitel 7, Art. 98 besondere Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der Hochwasserkatastrophe von Juli 2021 vorsieht.

So beispielsweise auch der Neubau und die Renovierung von beschädigten Sport- und Kulturinfrastrukturen, also Infrastrukturvorhaben, die der Erneuerung oder dem Ersatz nachweislich durch die Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021 beschädigter oder zerstörter Infrastrukturen dienen, können bis 90% für eine Bezuschussung in Betracht kommen.

Diese Bestimmung greift wegen dem Abriss der Sporthalle am Scheiblerplatz in der Unterstadt. Im Gegenzug werden die Mittel für den Ersatz dieser Sporthalle in die Finanzierung des Neubaus der Sporthalle einfließen.

Für den Bereich der Sporthalle, der zukünftig den Sitz von LOS beherbergen soll, ist eine 100% Bezuschussung vorgesehen.

• **Frage Nr. 1366 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerin WEYKMANS zur Vier Tage-Woche auf 38 Stunden-Basis in Ostbelgien**

Im April berichtete die Wirtschaftszeitung L'Echo über den vermeintlichen Flop der 4 Tage Woche. Konkret handelt es sich bei dieser relativ jungen Maßnahme mehr um eine freiwillige Arbeitszeitanpassung als um eine kollektive Arbeitszeitverkürzung. Ziel der Maßnahme ist es, gewissen Familienkonstellationen (z.B. bei geteiltem Sorgerecht) die Möglichkeit einer besseren Work-Life Balance zu bieten. Laut den Erhebungen eines Sozialsekretariats nehmen nur 0.73% der Arbeitnehmer die Möglichkeit wahr, ihrer Vollzeitbeschäftigung innerhalb von 4 Arbeitstagen nachzugehen. Bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ist der Prozentsatz nochmal bedeutend geringer. Das Unternehmen Securex führt zwei Gründe für die geringe Inanspruchnahme an: ein fehlender wissenschaftlicher Konsens wie 38 Arbeitsstunden auf 4 Tage verteilt zu mehr Wohlbefinden der Arbeitnehmer beitragen und der Verwaltungs- und Organisationsaufwand bei der Umsetzung, insbesondere eben für KMUs.

Für uns ist das Glas mit dieser Maßnahme eher halb leer als halb voll. Mit ihr könnte man allerdings wertvolle Erfahrungen sammeln auf dem Weg zu einer realen Vier-Tage-Woche, also mit einer Arbeitszeitverkürzung und mit Lohnausgleich.

In den Diskussionen um den Fachkräftemangel wird auch immer wieder die Attraktivität der Arbeitsbedingungen ins Spiel gebracht - so auch zuletzt im DG-Jugendparlament. Es mag auf den ersten Blick widersprüchlich klingen, aber eine Vier Tage-Woche birgt auch das Potenzial, dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Ein Publikum, das bisher nur teilzeitig oder sogar gar nicht arbeitet, könnte man so in ein volles Beschäftigungsverhältnis holen.

In diesem Zusammenhang habe ich folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

1. Gibt es in der DG Zahlen über die Inanspruchnahme dieser 38 Stunden-Woche auf vier Tagen?
2. Welche Hilfestellung erhalten in der DG Arbeitgeber, die mit Anfragen der Belegschaft zur 4-Tage-Woche konfrontiert werden?
3. Inwiefern werden in den Überlegungen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels die Wechselwirkungen mit einer Vier-Tage-Woche ermittelt, insbesondere im Hinblick auf unsere KMUs?

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
Werte Kolleginnen und Kollegen,**

es liegen uns aktuell keine, spezifisch auf die Deutschsprachige Gemeinschaft heruntergebrochenen Zahlen bezüglich der Inanspruchnahme der Vier-Tage-Woche vor. Arbeitgeber, die mit Anfragen der Belegschaft zur Vier-Tage-Woche konfrontiert werden, können sich an ihr Sozialsekretariat oder an den Föderalen Öffentlichen Dienst Beschäftigung, Arbeit und Soziale Konzertierung wenden.

Auf Grund des aktuell fehlenden Zahlenmaterials können noch keine Wechselwirkungen zwischen der Vier-Tage-Woche und dem Fachkräftemangel ermittelt werden. Da die gesetzliche Grundlage hierzu allerdings – wie bei so vielen Fragen, die wir hier im Ausschuss behandeln – nicht im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegt, scheint mir diese Analyse allerdings für uns auch nur von nachgeordneter Bedeutung zu sein. Viel wichtiger ist, dass wir im Rahmen unserer Zuständigkeiten und Handlungsoptionen ein möglichst attraktives Umfeld schaffen – sowohl für Unternehmen als auch für die Bürgerinnen und Bürger. Nur so können wir uns von unseren Nachbarregionen abheben und Fachkräfte mittel- und langfristig an unseren Lebens- und Wirtschaftsstandort binden. Wir können den demographischen Wandel nicht stoppen oder umkehren, wir können keine föderalen Gesetze ändern, um zum Beispiel die Last der Lohnnebenkosten zu senken oder das Regime der Vier-Tage-Woche abzuändern. Was wir aber können, ist eine intelligente und zukunftsorientierte Politik in Sachen Digitalisierung, Raumordnung, Bildungswesen usw. gestalten und uns dafür einsetzen, weitere Zuständigkeiten, wie beispielsweise die der Wirtschaftsförderung, zu erhalten, um unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen noch besser und passgenauer unterstützen zu können. Am Beispiel des Fachkräftemangels zeigt sich die Wichtigkeit unserer Autonomie – nur durch sie können wir überhaupt anderen Regionen die Stirn bieten, nur durch ihren Ausbau können wir uns in der Zukunft weiter als attraktivster Standort in der Euregio absetzen und ohne sie wären wir nichts weiter als ein weißer Fleck im Osten Belgiens.

Das Thema eignet sich meines Erachtens daher hervorragend für eine inhaltliche, sozialpartnerschaftliche Auseinandersetzung im Rahmen des Wirtschafts- und Sozialrates, denn die Vier-Tage-Woche bietet Chancen, aber auch Risiken, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durchaus anders bewertet werden können. Ich werde den WSR mit der Erstellung eines Gutachtens auf Grundlage von Artikel 2 des Dekretes vom 26.02.2000 zur Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen beauftragen. Sobald es mir vorliegt, werde ich den Ausschuss informieren.

**• Frage Nr. 1367 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerin WEYKMANS zur Dorfentwicklung und zur ländlichen Entwicklung in der DG**

Wie das Grenz-Echo berichtet, fand am Donnerstag, den 25. Mai in Amel-Mitte eine Zukunftswerkstatt zur Dorfentwicklung statt. Auf Einladung der Schöffin für Dorf- und Naturentwicklung, referierte ein pensionierter Dorfentwickler des saarländischen Umweltministeriums und machte einige interessante Aussagen. In der Gemeinde wurde abschließend eine Arbeitsgruppe zur Zukunftsgestaltung der Dörfer ins Leben gerufen.

Einige der Überlegungen könnten durchaus auch für weitere Gemeinden und die DG von Interesse sein. Es wurde unter anderem die Problematik des Leerstands von Wohnraum, aber auch landwirtschaftlicher und gewerblicher Gebäude angesprochen und die Probleme, die das Phänomen auch für andere mit sich zieht: Wertverlust von Immobilien, höhere Infrastrukturkosten...

Die alternde Bevölkerung war ein weiteres Thema und wurde auch im Hinblick auf Angebote und Vereinsleben, Dorfzentren und Nachbarschaftliche Kontakte angesprochen. Neubaugebiete außerhalb der Ortskerne drohen viel mehr als Ortskerne, mit der Zeit kaum noch Altersdurchmischung zu erfahren und nur noch von den ältesten Generationen bewohnt zu werden.

1. Inwiefern können Sie mit Ihren Befugnissen in Baukultur, Denkmalschutz, ländlicher Entwicklung und Wirtschaftsförderung einen Beitrag zur Bekämpfung von gewerblichem und privatem Leerstand beitragen?
2. Inwiefern können die angestoßenen Überlegungen und Lösungsansätze (wie beispielsweise eine Gebäudebörse oder gemeindeübergreifende Angebote) mit anderen Gemeinden geteilt werden?

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
Werte Kolleginnen und Kollegen,**

gewerblicher und privater Leerstand in ländlichen Gebieten ist ein sehr komplexes Thema, das eine übergreifende Betrachtung erforderlich macht. Alle Maßnahmen zur Stärkung des ländlichen Raumes als Arbeits- und Lebensort können als Maßnahmen gegen den Leerstand betrachtet werden. Wer in seinem Dorf ein lebendiges Vereins- und Freizeitleben vorfindet, wer neue Arbeitsformen wie Home-Office nutzen kann, wer nur kurze Wege für seine Angelegenheiten gehen muss, wer sich wohl und sicher fühlt, der bleibt. Die Menschen leben, wohnen, kaufen ein und unternehmen im Dorf, weil sie es im Dorf können! Ihnen all das zu ermöglichen ist der rote Faden meiner Projekte in jeder meiner Zuständigkeiten.

Deswegen werde ich nicht müde zu betonen, dass der flächendeckende Glasfaserausbau den ostbelgischen Dörfern eine Infrastruktur zur Verfügung stellen wird, die innovative Lösungen im Bereich Mobilität, Telemedizin, Verwaltung und Unternehmensgründung und -führung überhaupt möglich machen wird. Die Bereiche Tourismus, Landwirtschaft und Bildung können durch schnelles, stabiles Internet auch dorfstützendes Potential entwickeln. Das wird langfristig auf jeden Fall zur Belebung der ostbelgischen Dörfer führen, auch angesichts der Tatsache, dass wir in der Euregio das schnellste und modernste Glasfasernetz haben werden.

Die Dörfer als Arbeitsorte in den Fokus zu rücken und gleichzeitig den Leerstand zu bekämpfen, war das Kernziel des Projektes Dorf-Büro. Noch vor Corona dachten wir uns, dass in den Dörfern mit den sogenannten Co-Working-Spaces interessante Nutzungsmöglichkeiten für leerstehende Gemeinde-Infrastruktur entstehen könnte. In Amel und in Schoppen sind daraufhin Dorf-Büros eröffnet worden. In Herbesthal ist es nach dem Sommer so weit. Einen neuen Aufruf mit einer 15.000 EUR Anschubbezuschussung für ein Dorf-Büro in einer ostbelgischen Gemeinde wird es im Laufe des Jahres geben.

Genauso wichtig sind aber auch die kurz- und mittelfristigen Maßnahmen zur Stärkung der Dörfer. Die Vereine als sozialkohäsiv wichtigster Faktor werden massiv unterstützt in ihrer Modernisierung und Erneuerung. Das Ehrenamt ändert sich und mit diesem Mentalitätswechsel, der sich auch in Ostbelgien gerade vollzieht, muss auch ein Strukturwechsel einhergehen, damit die Vereine überleben können. Das unterstützen wir mit dem erweiterten Beratungsangebot der Koordinationsstelle Ehrenamt und Vereinswesen im Ministerium. Zu diesem Thema findet am Donnerstag im Dorfhaus Schoppen um 19.00 Uhr auch unser diesjähriges Netzwerktreffen Ehrenamt mit dem Titel "Wer macht noch Verein? Ideen für den Wandel im Ehrenamt" statt.

Gleichzeitig haben wir die Ländlichen Gilden beauftragt, ostbelgische Dorfgruppen zu begleiten und zu fördern, wenn sie gemeinsame Kleinprojekte anstoßen und verwirklichen möchten. Solche Projekte und andere Best Practice Beispiele als Ideen und Impulsgeber für

Dorfaktivitäten in anderen Gemeinden werden auf ihrer Webseite Dorfentwicklung.be gesammelt und veröffentlicht. Die Ländlichen Gilden haben auf Anfrage der Gemeinde Amel den von Ihnen erwähnten Referenten vermittelt und stehen dabei als Ansprechpartner auch allen anderen Gemeinden zur Verfügung.

Im Rahmen des LEADER Förderprojektes wiederum betreibt die WFG Ostbelgien bereits einige Maßnahmen zur Bekämpfung des privaten Leerstandes: Neben einer Erstberatung durch Architekten für die Besitzer eines leerstehenden Gebäudes und einer Informationsmappe zur Aktivierung von Wohnraum stellt die WFG durch verschiedene Sensibilisierungsaktionen „gelungene Umbauten“ in den Fokus.

Zwei weitere Projekte zur *zukunftsicheren Gestaltung des Lebensraumes und der Baukultur* (Nordgemeinden – LAG Zwischen Weser und Göhl) und zur *Nachhaltigen Gestaltung von Wohnraum* (Süden – LAG 100 Dörfer – 1 Zukunft) wurden für die kommende Projektperiode eingereicht. Eine Entscheidung zur Projektvergabe ist für Ende des Jahres vorgesehen.

Ziel dieser Projekte wird sein, Aktionen und Maßnahmen zur Gestaltung zukünftiger und nachhaltiger Wohnformen in den Gemeinden zu erarbeiten.

Fazit: Alle Maßnahmen für aktive, lebendige und engagierte Dörfer und Dorfbewohner\*innen sind auch Maßnahmen gegen den Leerstand.

- **Frage Nr. 1368 von Herrn GROMMES (ProDG) an Ministerin WEYKMANS zum seitens der Wallonischen Region gewährten höheren Zuschuss für das Hohe Venn**

Das Hohe Venn hat sich bekanntlich als Nationalpark beworben. Diese Bewerbung wurde nicht von Erfolg gekrönt. Laut Grenzecho vom 27. Mai 2023 verkündete der Bürgermeister aus Weimes, Herr Daniel Stoffels, in einer Gemeinderatssitzung vom 25. Mai 2023, dass die Wallonische Region an die Verantwortlichen des Parks Hohes Venn herangetreten ist und ihnen einen Zuschuss von 2,5 Millionen € in Aussicht stellt, damit einige Projekte aus dem Antrag „Nationalpark“ doch verwirklicht werden können.

Ursprünglich war nur ein Zuschuss in Höhe von 250 000 € für die nicht berücksichtigten Anträge vorgesehen. Diese Verzehnfachung ist somit eine erfreuliche Nachricht, welche die Arbeit, die in die Ausarbeitung des Gesamtprojektes gesteckt wurde, würdigt.

An dem Nationalpark-Antrag für das Hohe Venn waren mehrere Partner beteiligt, einschließlich 3 deutschsprachigen Gemeinden, die Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Tourismusagentur Ostbelgien.

Nachdem sich die wallonische Regierung Ende 2022 gegen das Nationalpark-Projekt im Hohen Venn entschieden hat, kündigte die DG-Regierung an, einige der vorgesehenen Projekte dennoch finanzieren und umsetzen zu wollen.<sup>1</sup>

In diesem Zusammenhang habe ich folgende Fragen an Sie:

1. Wurde die Regierung in die Beratungen über die Verwendung des erhöhten Zuschusses einbezogen?
2. Gibt es bereits erste konkrete Ergebnisse?
3. Wie werden die Projekte, die durch den erhöhten Zuschuss der Wallonischen Region finanziert werden sollen mit denen, welche die Deutschsprachige Gemeinschaft finanziell unterstützen möchte, aufeinander abgestimmt, damit der größtmögliche Nutzen aus den Geldern gezogen werden kann?

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
Werte Kolleginnen und Kollegen,**

---

<sup>1</sup> <https://www.grenzecho.net/90764/artikel/2023-05-27/doch-geld-fur-projekte-des-verpassten-nationalparks-hohes-venn> und <https://brf.be/regional/1671026/>

das Hohe Venn ist nicht Nationalpark geworden, erhält aber von der Wallonischen Region für seinen im Antrag angegebenen Plan B 250.000€ zur Umsetzung. Um die Vorgehensweise dieses Alternativplans zu besprechen, der einen verstärkten Austausch der lokalen Akteure auf dem Gebiet sowie die Betreuung und Sensibilisierung der Besucher vor Ort durch Ehrenamtliche beinhaltet, wurde eine Delegation der territorialen Koalition rund um den Antrag des Nationalparks Hohes Venn von der Wallonischen Region zu einem Treffen in Namur eingeladen. Am Gespräch hat auch ein Vertreter der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft teilgenommen. Vor Ort wurde informell mitgeteilt, dass 2,5 Millionen € für die nichtanerkannten Nationalparks vorgesehen werden sollen, dies muss allerdings noch von der Regierung entschieden werden. Es handelt sich also um eine Information, die nach meinem aktuellen Wissenstand bisher noch nicht formal bestätigt ist.

Die territoriale Koalition hat sich zur Vorbereitung auf diese mögliche Entscheidung in den vergangenen Wochen mehrmals versammelt, um die mögliche Vorgehensweise zu besprechen. Auch dabei sitzt ein Vertreter der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit am Tisch sowie 3 deutschsprachige Gemeinden, die TAO und auch das Haus Ternell als Akteure aus der DG. Entsprechend bespricht die territoriale Koalition den bereits im letzten Jahr erstellten Projektantrag, der ursprünglich für 4 Jahre und ein größeres Budget geplant wurde, und stimmt ab, welche Projekte den neuen Anforderungen gerecht werden könnten und für das Gebiet prioritär wären.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft wird unabhängig von dieser Entscheidung, wie bereits in meiner Antwort auf die parlamentarische Frage 1205 von Herrn Freches erwähnt, an den geplanten Investitionen zum ursprünglichen Projektantrag festhalten und die Gemeinden bei touristischen Projekten zur Wirtschaftsförderung im Einklang mit dem Umwelt- und Naturschutz unterstützen. Eine mögliche Ko-Finanzierung des zusätzlichen Zuschusses für Aktionen im Hohen Venn seitens der DG kann nur im Rahmen unserer Zuständigkeiten gewährleistet werden. Darum setzt sich die DG in den Gesprächen der territorialen Koalition auch für touristische Aktionen insbesondere zur Gästelenkung ein, die mit dem zusätzlichen Budget umgesetzt werden und so auch zur Aufwertung touristischer Infrastrukturen in unserer Region beitragen könnten. Nichtsdestotrotz muss innerhalb der Koalition ein Konsens gefunden werden, der auch den Auflagen der Gewährung des Zuschusses entspricht. Wir hoffen dementsprechend auf eine baldige offizielle Mitteilung der Regierung, um konkret an der Umsetzung arbeiten zu können.

• **Frage Nr. 1369 von Frau STIEL (VIVANT) an Ministerin WEYKMANS zum Aufnahmestopp in den Tierheimen**

Schon am 11.10.2022 berichtete der BRF von einer Überlastung des Tierheims Schoppen.<sup>2</sup>

Die Kapazitäten seien ausgeschöpft und die Wartelisten für Neuaufnahmen seien extrem lang. Dies liege teilweise an Corona. Hunde, die abgegeben wurden, weil die Leute wieder arbeiten gehen und keine Zeit mehr haben sich um diese zu kümmern oder wegen der finanziellen Situation die Futter-, Tierarzt- und Medikamentenkosten nicht mehr tragen könnten, da oftmals die eigenen Lebenshaltungskosten nicht mehr getragen werden könnten.

Momentan seien die Anfragen für Adoptionen geringer als für Abgaben von Hunden. Im Oktober waren demnach 18 Hunde im Tierheim Schoppen untergebracht und zusätzlich gebe es eine Warteliste mit 19 Hunden und immer noch riefen Leute an, teilweise aus dem In- und Ausland, weil sie ihre Tiere nicht untergebracht bekamen. In Eupen gab es laut Artikel eine Kapazität von 18 Hunden

---

<sup>2</sup> <https://brf.1.be/regional/1651660/>

Nun hat sich die Anzahl der Tiere, die durchschnittlich im Eupener Tierheim untergebracht sind, seit 2020 verdreifacht. Das entnehme wir dem Bericht des GrenzEcho vom 23.05.2023.<sup>3</sup> Die Strukturen seien allerdings nicht mitgewachsen. Trotz der ehrenamtlichen Mitarbeiter sei der Zustand aber auf Dauer nicht haltbar. Personalengpässe zwingen die Mitarbeiter zu einem extremen Schritt: dem Aufnahmestopp.

Ministerpräsident Paasch schloss in seiner Rede zum Haushalt vom 17.10.2022, dass das Tierheim Eupen in die zukünftig subventionierten Projekte mit eingeschlossen würden.

Der Tierschutz fällt zwar nicht in die Zuständigkeit der DG, gleichwohl werden die Tierheime seitens der DG gefördert.

Meine Fragen:

1. Wie ist der Stand der angekündigten zukünftig subventionierten Projekte ?
2. Wie hoch ist der Funktionszuschuss der DG für die Tierheime im Augenblick ?
3. Finden Gespräche mit den Gemeinden oder der Wallonischen Region statt um den Tierheimen mehr Unterstützung zukommen zu lassen?

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
Werte Kolleginnen und Kollegen,**

Sie haben es selbst angemerkt, der Tierschutz ist keine Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Das Infrastrukturprojekt der VoG Tierschutzgesellschaft – Tierheim Eupen ist für die Umbauarbeiten und Errichtung eines Anbaus in Höhe von 335.678 Euro Gesamtkosten im Infrastrukturplan 2023 registriert.

Es scheint, dass der Projektträger zwar an den geplanten Umbauarbeiten festhalten möchte, jedoch dem Infrastrukturdienst mitgeteilt hat, dass er auf Basis einer Änderung des Architekten zunächst die Umbauarbeiten verschieben möchte. Laut Mitteilung des Antragstellers soll ein überarbeitetes Vorprojekt im September 2023 eingereicht werden.

Das Projekt habe sich bereits verzögert und realistisch wäre ein Baubeginn wohl erst Anfang 2025 bzw. Fertigstellung Ende 2026. Zusätzlich sei durch die stark gestiegenen Kosten nicht abzusehen, ob das geplante Budget ausreicht, um die geplanten Baumaßnahmen zu realisieren oder ob es nötig sein wird, diese in mehrere Bauschritte aufzuteilen.

Der Projektträger denkt über eine provisorische Übergangslösung nach, die in der Zwischenzeit mit Containern die Situation etwas entlasten könnte.

Momentan erhalten die beiden Tierheime einen jährlichen Funktionszuschuss von 1.000€ über den Bereich Freizeit auf Grundlage des ministeriellen Rundschreibens vom 4. Februar 2009.

Da die Deutschsprachige Gemeinschaft keine Zuständigkeit hat, kann ich Ihnen leider nicht sagen, wo die Gespräche der Tierheime mit den zuständigen Gemeinden und der zuständigen Wallonischen Region stehen. Diese Frage kann konkret von diesen beiden zuständigen Behörden beantwortet werden.

- **Frage Nr. 1370 von Herrn SPIES (SP) an Ministerin WEYKMANS zum Thema „Kulturerbe erfassen“**

---

<sup>3</sup> Eupener Tierheim ist am Limit – Verhängter Aufnahmestopp ist die letzte Chance - GrenzEcho.pdf - <https://www.grenzecho.net/90544/artikel/2023-05-23/eupener-tierheim-ist-am-limit-verhangteraufnahmestopp-ist-die-letzte-chance?referer=%2Farchives%2Fcherche%3Fdatefilter%3Dlastyear%>

Am 24.05.2023 wurde in der Tageszeitung „La Meuse“ über eine neues Vorhaben der Provinz Lüttich berichtet. Diese strebt die Schaffung einer App an, welche das künstlerische Erbe in den 84 Gemeinden der Provinz erfassen soll.

So sollen die einzelnen Kunstwerke, Wandgemälde, Skulpturen etc. zunächst geolokalisiert und fotografiert werden und anschließend jeweils auch eine kurze Beschreibung erhalten.

Da das konkrete Wissen über das Kulturerbe jedoch oftmals nur auf Gemeindeebene vorhanden sei, wurden kürzlich alle Gemeinden angeschrieben, um Ihnen das Projekt vorzustellen und zu fragen, ob sie sich daran beteiligen möchten.

15 Gemeinden haben dem Bericht zufolge bis jetzt zugesagt, wobei aus Ostbelgien scheinbar lediglich Sankt Vith mit an Bord ist.

Vor dem Hintergrund, dass eine solche App sowie die damit einhergehende Erfassung zweifelsohne zu einer besseren Bekanntheit unseres Kulturerbes beitragen würde und auch touristisch genutzt werden könnte, möchte ich Ihnen werte Frau Ministerin daher folgende Fragen stellen:

1. Inwiefern wurden Sie über das Vorhaben der Provinz informiert?
2. Inwiefern kann die Deutschsprachige Gemeinschaft die Initiatoren der App mit Informationen über das Ostbelgische Kulturerbe unterstützen?

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
Werte Kolleginnen und Kollegen,**

weder die Regierung noch die zuständigen Fachbereiche Kultur und Tourismus des Ministeriums wurden von der Provinz Lüttich über dieses Projekt informiert.

Grundsätzlich möchte ich im Zusammenhang mit dieser Initiative auf das Kulturerbeportal der Deutschsprachigen Gemeinschaft verweisen. Zwar sind darin noch nicht alle Kunstwerke, bzw. das kulturelle Erbe, vollumfänglich erfasst, nichtsdestotrotz stellen wir gerne unser bislang gesammeltes Wissen zur Verfügung, um das kulturelle Erbe der Deutschsprachigen Gemeinschaft so bekannt wie möglich zu machen.

Da – wie ich eingangs erwähnte – die Informationslage seitens der Provinz zurzeit leider noch recht dünn ist, bestehen zum aktuellen Zeitpunkt noch Unklarheiten. Beispielsweise ist noch nicht deutlich, welche Objekte genau dargestellt werden sollen oder ob es Themen oder historisch bedingte Schwerpunkte geben soll. Wir erhoffen uns hierzu nähere Informationen seitens der Provinz oder den Gemeinden und stehen dem Projekt offen gegenüber.

• **Frage Nr. 1371 von Herrn SPIES (SP) an Ministerin WEYKMANS zum Thema „Sportlehrer fordern mehr Sportunterricht“**

Am 28.05.2023 berichtete der BRF darüber, dass Sportlehrer aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft sich in einem Brief an Sie Frau Ministerin sowie an Ihre Kollegin Frau Klinkenberg gewandt haben.

Konkret geht es in dem Schreiben um die Forderung, künftig in den Schulen drei, statt wie bis dato zwei Stunden Sportunterricht anzubieten. Begründet wird dies damit, dass der sportliche Zustand der Schüler sich während der vergangenen Jahre keineswegs verbessert, sondern gar verschlechtert habe.

Ein weiterer Punkt, der in dem Schreiben kritisiert wird, sei die Tatsache, dass der Sportunterricht gerade in den Primarschulen nicht zwangsläufig immer von ausgebildeten Sportlehrern erteilt werde.



„Nur die ausgebildeten Sportlehrer haben das Rüstzeug, um den Kindern die Grundausbildung zu geben in ihrer sportlichen Entwicklung. Gerade in diesem Alter ist es wichtig, dass es korrekt gemacht wird und da ist es dramatisch, dass die Hälfte der Schulen nicht mal einen ausgebildeten Sportlehrer hat.“, so die Initiatoren weiter.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen werte Frau Ministerin folgende Fragen stellen:

1. Wie sieht Ihre Reaktion auf dieses Schreiben aus?
2. Inwiefern wird das Thema Schulsport seitens des Leitverbandes des Ostbelgischen Sports (LOS) während der kommenden Monate angegangen?
3. Inwieweit ist Ihnen bekannt, dass sich der sportliche Zustand der ostbelgischen Jugendlichen während der vergangenen Jahre verschlechtert hat?

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
Werte Kolleginnen und Kollegen,**

seitdem ich im Amt bin, verfolge ich das Thema der Förderung des Sports bei Kindern und Jugendlichen sehr eng. Einerseits über die Vereinsarbeit, der wir einen hohen Stellenwert einräumen, und andererseits über den Schulsport. Auch wenn der Rahmenplan Sport in der Zuständigkeit des Bildungswesens liegt, haben wir mit dem Fachbereich Sport ein breites Schulsportprogramm über die Jahre hinweg aufgebaut. Daher bedauere ich sehr, dass wir trotz einer Reihe von alternativen Vorzeigebispielen wie Fitte Schule oder Weiterbildungsangebote für Lehrer in dieser Angelegenheit noch nicht von ausreichenden nachhaltig positiven Entwicklungen sprechen können.

Künftig wird LOS für das außerschulische Programm verantwortlich sein. Die entsprechenden Gespräche zwischen LOS und dem zuständigen Fachbereich im Ministerium sind angelaufen und die Übernahme für das Schuljahr 2024-2025 ins Auge gefasst.

Das von Ihnen angesprochene Schreiben der Sportlehrer aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft habe ich bisher nicht erhalten. Jedoch haben die Initiatoren bei mir einen Termin für kommende Woche angefragt, um mir die Problematik noch einmal ausdrücklich aus ihrer persönlichen Perspektive in einem Gespräch zu beschreiben. Die Situation und die erforderlichen Maßnahmen, die einen Paradigmenwechsel für den Schulsport aus ihrer Sicht bedeuten würden.

Darüber hinaus ist am 4. Juli das jährliche Treffen mit den Sportschöffen, den Vertretern der lokalen Sportgemeinschaften, -verbänden, und -räte geplant. Auch dort steht dieser Punkt auf der Tagesordnung der Konzertierungssitzung.

Ich hoffe, durch diese Treffen und Gespräche gemeinsam mit dem Sektor Ansätze ausmachen zu können, mit denen der Sport bei Kindern und Jugendlichen weiter gefördert werden kann.

Wissenschaftlich verwertbares Zahlenmaterial zum sportlichen Zustand der Kinder und Jugendlichen in Ostbelgien liegt dem zuständigen Fachbereich im Ministerium leider noch nicht vor.

Aufgrund der Testungen zur Schwimmfähigkeit, die in den letzten Jahren in den Bädern vorgenommen wurden, ist aber festzustellen, dass bedingt durch die Corona-Pandemie und die damit verbundene Schließung der Bäder im Allgemeinen und die Überschwemmungskatastrophe in der Eupener Unterstadt mit der vollständigen Zerstörung des Bades für Eupen und die angrenzenden Gemeinden im Besonderen die Schwimmfähigkeit rasant abgenommen hat.

Durch die Organisatoren von Projekten zwischen Schulen und Vereinen wird dem Fachbereich gespiegelt, dass auch das Fahren mit dem Rad für viele Kinder nicht mehr selbstverständlich ist und sie größte Schwierigkeiten haben, sich sicher auf dem Rad fortzubewegen.

Ich hege die große Hoffnung, für die kommenden Jahre mit der Einführung des „Sportkompass“ und der damit verbundenen flächendeckenden Testung von Kindern des 3. und 4. Schuljahres verwertbare Zahlen zur sportlichen Fitness unserer Kinder zu erhalten, um Entwicklungen gesichert feststellen und anschließend weitere gezielte Maßnahmen treffen zu können.